

Dem Phänomen Gewalt auf der Spur

Wenige Lichtblicke bei einer Podiumsdiskussion der Psychotherapeuten

Die Gewalttaten junger Menschen in Freising und Erfurt und die Verarbeitung der Folgen haben erst kürzlich wieder deutlich gemacht, welche Bedeutung die Psychotherapie in unserer Gesellschaft hat. Zugleich wird die Ausbildungs- und Arbeitssituation der Psychotherapeuten immer schwieriger. Zu einer Diskussion über dieses Dilemma und die Lösungsansätze hatte die Landeskongress der Richtlinien-Psychotherapieverbände Bayern, ein Zusammenschluss von neun Fach- und Berufsverbänden, Mitte Juni in München eingeladen.

Trotz schönsten Sommerwetters war das Interesse an der Veranstaltung so groß, dass die Sitzplätze in der Aula der Philosophischen Fakultät rasch besetzt waren. Den Gästen, darunter auch Vertreter der Politik, der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), wurde eine interessante Mischung aus fachlichen und berufspolitischen Themen geboten. Den Anfang machte dabei Erika Görlitz, Staatssekretärin im Bayerischen Gesundheitsministerium, die insbesondere auf die wichtige Rolle der Eltern bei der Vorbeugung von Gewalttaten hinwies. Dennoch seien viele damit überfordert, die Probleme in den Griff zu bekommen. Daraus ergebe sich die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das „Phänomen Gewalt“. Das klar formulierte Anliegen von Görlitz: „Für die Tätigkeit der Psychotherapeuten müssen wirtschaftlich zumutbare Voraussetzungen geboten werden. Deshalb ist die Deckelung der Honorarbudgets so problematisch.“

Mit den Tätern und Opfern von Gewalt befasste sich anschließend die Psychoanalytikerin Dr. Thea Bauriedl in ihrem Kurzvortrag. Immer mehr Jugendliche befänden sich in einem „Zustand sprachloser Verlassenheit“. So begehen jährlich 1200 junge Menschen in Deutschland Selbstmord. Andere flüchten in Gewaltphantasien oder nehmen Drogen. Deshalb sei die wirksamste Maßnahme zur Vorbeugung von Gewalt gegen sich selbst oder andere das Gespräch. „Wir müssen unseren Patienten die Motivation geben, aus der Resignation herauszufinden und sich wieder am Leben zu beteiligen“, so Dr. Bauriedl.



Nicht nur düstere Mienen gab es trotz ernster Themen: Peter Lehndorfer, Erika Görlitz, Dr. Thea Bauriedl (v. li.).



Die Aula der Philosophischen Fakultät bot einen angemessenen Rahmen für die Diskussion.

Ausbildung vor dem Aus?

Mit seiner These, dass die medikamentöse Ruhigstellung von Kindern, bei denen die Aufmerksamkeitsstörung ADHS diagnostiziert wurde, ebenfalls eine Form von Gewalt sei, sorgte Professor Dr. Jörg Wiese für geteilte Meinungen. Die einen applaudierten, die anderen bezeichneten die Aussage als unverantwortlich. Einhellig waren die Meinungen hingegen nach den Ausführungen des Sozialpädagogen Peter Lehndorfer, der sich mit der Ausbildungs- und Arbeitssituation von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten auseinandersetzte: So kann und darf es nicht weitergehen mit der Betreuung junger Menschen. Kenntnis- und faktenreich hatte Lehndorfer vorher die gesamte Tristesse seines Berufsstandes ausgebreitet: „In unserem Institut hatten wir in den letzten drei Jahren 400 Leute, die sich für eine Ausbildung interessiert haben. Übrig geblieben sind drei.“ Dem Rückgang des Nachwuchses steht ein ständig steigender Bedarf gegenüber. Nach Berechnungen Lehndorfers gibt es in Bayern rund 27 000 Kinder und Jugendliche,

die behandlungsbedürftig und -willig wären. Zu viel, um in der momentanen Lage alle zu friedienstellend zu versorgen.

Ähnlich ernüchternd fiel die Analyse des Psychoanalytikers Dr. Tobias von Geiso über die psychoanalytische Aus- und Weiterbildung, die unter „skurril anmutenden Bedingungen“ stattfindet, aus. Im Vergleich zu den hohen zeitlichen und finanziellen Aufwendungen für die Ausbildung seien die Verdienstmöglichkeiten katastrophal und reichen nicht mehr, um eine Familie zu ernähren. Kein Wunder also, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in den vergangenen Jahren um 75 % zurückgegangen sei. Nachdem die privaten Institute bislang bereits für einen hohen Standard gesorgt hätten, sei nun der Staat gefordert, für eine angemessene Finanzierung Sorge zu tragen.

In der Mangelgesellschaft

Den tiefer liegenden Gründen für diese schwierige Situation ging der Verhaltenstherapeut Klemens Funk in seinem Referat auf

den Grund. „In einer Mangelgesellschaft sieht man die Rettung darin, dem anderen etwas wegzunehmen. Es zählt nur das Bedürfnis nach einer raschen Lösung, die es in unserem Fall nicht geben kann“, so Funk. Auch die Politik setze nur noch auf kurzfristige Schadensbegrenzung anstatt auf langfristige Perspektiven.

Ein Diskussionsteilnehmer brachte anschließend das Dilemma auf den Punkt: „Es ist rätselfhaft, wie ein ganzer Berufsstand derartig in die Resignation getrieben werden kann.“ Doch es gibt Licht am Horizont. Denn am Ende der Veranstaltung gab es dann doch noch die eine oder andere versöhnliche Aussage. So kündigte Staatssekretärin Erika Gör-

litz an, sich des Ausbildungsproblems annehmen zu wollen, und bot den Berufsverbänden an, für Gespräche jederzeit zur Verfügung zu stehen. Dr. Christian Thieme, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der KVB, regte an, gemeinsam mit den Krankenkassen auf Bundesebene einen Vorstoß zu wagen, um zumindest den einheitlichen Punktwert von 10 Pfennig (5,11 Cent) durchzusetzen.

Eine schwierige Rolle hatte der Vertreter der Krankenkassen, Udo Schulz, inne. Er wies darauf hin, dass die Ersatzkassen, für die er tätig ist, sowieso mehr zahlten als die anderen Kassenarten. Aus diesem Grund seien momentan keine honorarvertraglichen Zugeständnisse möglich. Außerdem sei die Situa-

tion in Bayern im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet nicht schlecht.

Am Ende war es nicht einfach für die Mitorganisatorin Ellen Bruckmayer, die vom Moderator geforderte „Take-Home-Message“ zu formulieren. Ihr persönliches Fazit: „Wir brauchen mehr politische Unterstützung. Und die Aussicht, dass sich KVB und Krankenkassen gemeinsam an den Bewertungsausschuss wenden, ist wunderschön.“

Martin Eulitz (KVB)

„Damit Ihnen nichts fehlt, wenn Ihnen etwas fehlt“

Unter diesem Slogan hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) seit Juli eine bundesweite Imagekampagne für die Kassenärztlichen Vereinigungen gestartet. Die KBV möchte im Vorfeld der Bundestagswahl im September die Bevölkerung über die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigungen im deutschen Gesundheitswesen aufklären.

Anlass dieser Initiative waren die Äußerungen verschiedener Politiker über die Zukunft der Institution „Kassenärztliche Vereinigung“ während der letzten Monate. Diese reichten von „Übertragung des Sicherstellungsauftrages an die Krankenkassen“ bis hin zu „Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigungen“. Da die Kassenärztlichen Vereinigungen diejenigen sind, die die ständige, wohnortnahe ärztliche Versorgung in Deutschland sicherstellen, sollen nun den Patienten, und damit auch den Wählern, die Augen geöffnet werden. Dr. Manfred Richter-Reichhelm, der Vorsitzende der KBV, bringt das Anliegen auf den Punkt: „Es geht darum, zu zeigen, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen Verantwortung für die Patienten übernehmen und ärztliche Leistungen auf hohem Niveau verfügbar machen.“

Selbstverständnis der Patienten

Um das zu erreichen, hat die KBV ein umfassendes Paket von Werbe- und PR-Maßnahmen geschnürt. Mit Plakaten, Broschüren,



Blickfang: Das rosa Pflaster erscheint auf jedem Plakatmotiv.

Anzeigen und Aktionen sollen die Bürger direkt angesprochen und aufgeklärt werden. Die Kampagne will mit klaren und einfachen Aussagen den Patienten verdeutlichen, dass das, was sie an der ambulanten Versorgung für selbstverständlich erachten, ohne Kassenärztliche Vereinigungen nur schwer zu bewahren ist: Hausbesuche durch Ärzte am Wochenende, Garantie der freien Arztwahl oder wohnortnahe Versorgung mit Haus-, Fachärzten und Psychotherapeuten.

Parallel zur Aufklärung der Bürger erhalten auch die Vertreter der Fach- und Publikums- presse in ganz Deutschland regelmäßig Informationen. Für die Medienvertreter werden

außerdem zahlreiche Hintergrundgespräche zu gesundheitspolitischen Themen angeboten. Darüber hinaus wird den Journalisten vielfältiges Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. Auch elektronische Medien wie das Internet oder telefonische Hotlines werden dabei miteingebunden. Last but not least denkt die KBV auch daran, gesundheitspolitische Themen für redaktionelle Serien in Presse, Funk und Fernsehen selbst zu produzieren und den Redaktionen zur Verfügung zu stellen.

Michael Anschütz (KVB)